

Debattenrede in Parlamenten verfassen und halten

Thema:	Die Ausschaltung des Reichtages durch die Nationalsozialisten durch das sog. Ermächtigungsgesetz
Zielsetzung:	<ul style="list-style-type: none">– Das «Ermächtigungsgesetz» war einer der wichtigsten Vorgänge der nationalsozialistischen «Machtergreifung».– Das Verhalten der Fraktionen des Reichstages war von verschiedenen Opportunitäten gekennzeichnet: u.a. Resignation, Schutz der eigenen Parteimitglieder vor dem NS-Terror, Erhaltung der Partei-Organisation. Mit dem «Ermächtigungsgesetz» wurde die Legislative ausgeschaltet. Damit wurde die Grundlage für eine mindestens vier Jahre dauernde Diktatur geschaffen.– Die Durchsetzung des «Gesetzes» wurde mit dem Mantel der Scheinlegalität zugedeckt.– Das «Ermächtigungsgesetz» war eine von mehreren Massnahmen beim Umbau der Weimarer Verfassung zur NS-Diktatur.– Die Nationalsozialisten operierten neben den Massnahmen auf der Verfassungs- und gesetzlichen Ebene mit Strassen- und Staatsterror– Dem «Ermächtigungsgesetz» folgten noch wichtige ähnliche Massnahmen.
Material:	Mikrofon und Rednerpult, Schreibmaterial
Vorbereitung:	Stationen und Umstände der «Machtergreifung» (30. Januar 1933, Fackelzüge der Bürgerkriegsarmee der Nationalsozialisten (SA), Propaganda, Schlüsselministerien für die Nationalsozialisten, Machtkalkül der Mitte- und Rechtsparteien), der Reichstagsbrand und seine Ausnützung für die Zwecke der Nationalsozialisten. Die Schüler haben die Grundsätze einer demokratischen Verfassung (hier sicher am Beispiel der Weimarer Verfassung mit ihren Problemen und Mängeln) verstanden
Organisation:	Einzelarbeit, allenfalls Paararbeit (Debattenredner und sein Berater): Verfassen der Rede zum "Ermächtigungsgesetz" allenfalls unter Mithilfe eines Beraters oder einer Beraterin
Ablauf:	Als szenisches Spiel oder Gedankenspiel: 1. Die Debattenredner bereiten sich «am Vortag» auf die Debatte um das «Ermächtigungsgesetz» vor und setzen allenfalls unter Mithilfe ihres Beraters die Rede auf. Nach Ermessen der Lehrperson in der Rolle eines bestimmten Parteimitgliedes der grossen Parteien SPD, Zentrum, NSdAP, DDP. 2. a. Die Debattenredner tragen die Rede nach einer ausgelosten Reihenfolge vor. 2.b. Die Debattenredner tragen die Rede vor. Sie versuchen je nach Reihenfolge aufeinander zu reagieren, indem sie die Argumente der Vorredner improvisierend einbeziehen. 2.c. Die Schülerinnen und Schüler tragen ihre Reden vor, die Lehrperson oder einzelne Schüler rezitieren Auszüge aus den damaligen Reden. 2.d. Die Debattenredner tragen ihre Rede vor, nachdem die Lehrperson oder einzelne Schüler Auszüge aus den damaligen Reden vorgetragen haben und reagieren darauf.

	<p>3. Die Zuhörenden reagieren als Parlamentarier entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit darauf (keine NSdAP-Mitglieder bestimmen, die Reaktionen reglementieren, sonst wird der Lärmpegel zu gross)</p>
Auswertung und Diskussion:	<ul style="list-style-type: none"> - Beurteilung des Opportunismus der bürgerlichen Parteien - Was ist eine Debattenrede, wie ist sie aufgebaut, wie wird argumentiert und reagiert - Was heisst es im Klima des Terrors als Debattenredner gegen die Mächtigen aufzutreten - Reflexion der Redebeiträge der Schülerinnen und Schüler vielleicht auch im Deutschunterricht
Hintergrundwissen:	<ul style="list-style-type: none"> - Weimarer Verfassung mit ihren Problemen und Mängeln (mindestens das Notverordnungsrecht des Präsidenten). - Ergebnisse der Reichstagswahlen spätestens ab Juni 1928: Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse. - Stationen der «Machtergreifung» (Wahlsieg 30. Januar 1933, Fackelzüge der Bürgerkriegsarmee der Nationalsozialisten (SA), Schlüsselministerien für die Nationalsozialisten, «Reichstagsbrandverordnung», Verhaftungen und Terror gegen die Kommunisten). - Parteien der Weimarer Zeit mit ihren wesentlichen Anliegen und Auffassungen. Problem der Legalität und Legitimität von Regierungen
Fortsetzung:	<ul style="list-style-type: none"> - Die Schüler und Schülerinnen verfassen als «mutige Demokraten» Entgegnungen auf die Reden, die wirklich gehalten wurden. - Die Politiker informieren ihre Partei darüber, was im Reichstag geschehen ist und beantragen der Parteiversammlung oder dem Parteivorstand, was nun zu tun sei. - Besonders besorgte Politiker bereiten mit einer Runde Vertrauter einen Widerstandszirkel vor, in dem sie zuallererst diskutieren, was der Schritt im Parlament bedeutet und wie der Zirkel vorgehen soll. - Ein Untersuchungsausschuss demokratischer Politiker geht aufgrund der Verfassung der Frage nach, ob der Schritt legal und verfassungsmässig war und beraten, was innerhalb des Parlamentes noch auszurichten sei. V.a. kommunistische Parteigänger verfassen ein Flugblatt oder malen ein Plakat, indem sie zum Widerstand aufrufen und diesen Widerstand begründen. - Die demokratischen Parteien beraten, ob eine Demonstration (oder schwerer wiegende Massnahmen wie z.B. ein Generalstreik) gegen den Schritt der NSdAP sinnvoll wäre. - Die Politiker erwägen eine Verfassungsklage und beraten, was für Argumente vorzubringen wären.
Verweis auf andere Spiele:	<p>- Aufstand planen und seine Aussichten beurteilen - Beratergespräche führen - Demonstrationen planen und vorbereiten - Flugblätter gegen das «Ermächtigungsgesetz» herstellen - Presseberichte über ein historisches Ereignis verfassen - Reportage für eine Rundfunk- oder Fernsehanstalt ev. im Ausland machen - Tribunale über Personen oder Sachverhalte durchführen</p>

Varianten:	
Weitere Anwendungen:	<ul style="list-style-type: none"> - Zur Frage der Auslieferung von Parlamentariern an den König in England 1642 - Zur Frage der neuen Verfassung im englischen Parlament 1647 - Zur Frage des Krieges der USA gegen Mexiko 1846 - Zur Frage der Annexion der Philippinen durch die USA 1900 - Zur Frage des Eintrittes der USA in den 1. Weltkrieg - Zur Frage des Krieges in der französischen Nationalversammlung 1791 - Zur Frage des Terrors im Konvent 1794 - Zur Frage der Arbeiterschutzgesetzgebung während der Hochindustrialisierung - Zur Frage der Zukunft des Deutschen Reiches 1848 - Zur Frage des britischen Engagements für das Empire um 1865 - Gegen die Ernennung des ersten Präsidialkabinetts in Deutschland 1930 - Gegen oder für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland - Zur bundesdeutschen Ostpolitik ab 1970 - Zum Abkommen von Oslo in der Knesset und im Palästinensischen Rat